



Interview

ARD-Chef droht mit DAB-Abschaltung noch in diesem Jahr



Fritz Raff, Vorsitzender der ARD

Der ARD-Vorsitzende Fritz Raff sieht nach der KEF-Entscheidung keine finanziellen Spielräume, die gestrichenen DAB-Mittel durch Umschichtungen auszugleichen. Bereits eine Fortführung des derzeitigen Angebotes bis zum Ende der laufenden Gebührenperiode sei ernsthaft in Frage gestellt, warnte er im Interview mit dem Meinungsbarometer Digitaler Rundfunk. Zugleich forderte er Politik und KEF auf, ein gemeinsames Finanzierungskonzept zu entwickeln, das die Einstellung der DAB-Angebote vermeidet. Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) hatte in ihrem jüngsten Bericht den öffentlich-rechtlichen Sendern statt geforderter 188 Mio. EUR lediglich 22,5 Mio. EUR für den Weiterbetrieb von DAB bewilligt.

Herr Raff, wie wird es mit dem Hörfunk in Deutschland weitergehen, nachdem die KEF für die Öffentlich-Rechtlichen das Aus für DAB besiegelt hat?

Fritz Raff: Die Ablehnung des für die Weiterentwicklung von DAB beantragten Finanzbedarfs durch die KEF birgt nach übereinstimmender Einschätzung der Landesrundfunkanstalten und des Deutschlandradios erhebliches Gefährdungspotenzial für die Zukunft des digitalen terrestrischen Rundfunks an sich. Da die Häuser keine Spielräume sehen, die fehlenden DAB-Mittel durch Umschichtungen in ihren Etats zu alimentieren, ist bereits eine Fortführung des derzeitigen Angebots bis zum Ende der laufenden Gebührenperiode ernsthaft in Frage gestellt.

Dieser Umstand ist der Politik deutlich zu kommunizieren. Ziel ist es, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, zeitnah mit der KEF ein Finanzierungskonzept zu entwickeln, das eine Einstellung der DAB-Angebote und den damit einhergehenden Verlust von Investitionen in Sendernetze, die mit Zustimmung von Medienpolitik und KEF erfolgten, und entsprechender terrestrischer Frequenzkapazitäten für den Rundfunk, vermeidet.

Die Entscheidung der KEF war lange vor der Veröffentlichung des Berichtes absehbar. Warum ist es dennoch nicht gelungen, mit allen Beteiligten eine einvernehmliche Lösung für den Hörfunk zu finden? ▶

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit einer Rechtsaufsichtsbeschwerde hat ein Lehrer aus Bayern seinem Ärger gegen die drohende Abschaltung von DAB Luft gemacht. Die Beschwerde richtet sich gegen die KEF und ist bei der Bayerischen Staatskanzlei eingegangen. Ziel der Beschwerde war es unter anderem, die Entscheidungswege innerhalb der KEF öffentlich zu machen. Die Beamten in München empfinden sich allerdings nicht als zuständig und leiteten das Schreiben an die Rundfunkkommission der Länder nach Mainz weiter. Dort wurde die Beschwerde geprüft und schließlich abgelehnt. Man habe Verständnis für die Verärgerung des Bürgers, aber eine Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen die KEF sei nicht möglich, hieß es (Bericht Seite 3).

Der Bürgerfrust, zumindest derer, die sich in gutem Glauben ein Digital Radio-Empfänger gekauft haben, wird möglicherweise noch heftiger, wenn bis Ende dieses Jahres die bestehenden DAB-Programme der Öffentlich-Rechtlichen abgeschaltet werden sollten. In unserem Interview hat ARD-Chef Raff deutlich gemacht, dass die von der KEF bewilligten Mittel nicht ausreichen würden, den Fortbestand der DAB-Programme ab 2009 zu sichern. Bereits für die laufende Gebührenperiode sei dies ernsthaft in Frage gestellt (Seite 1).

Der KEF-Bericht habe für erhebliche Irritationen gesorgt, schreibt Marketingexperte Ralf Otto Reisel in seinem Gastbeitrag (Seite 2). Doch unberührt davon werde in den Regionen mit der Umsetzung der „Mainzer Erklärung“ begonnen. Es gebe einen Schulterchluss von Politik und Medienunternehmen. Nun gelte es, die Endgeräteindustrie in diesen Prozess zu integrieren und die Vorbereitungen für den angekündigten Neustart des digitalen Radios in Deutschland im Jahr 2009 zu treffen. Eine Orientierung bei der Markteinführung könne die Erfolgskampagne von DVB-T in Deutschland geben.



Herzlichst Ihr
Thomas Barthel

Für mich war es unverständlich, warum die kommerziellen Programmanbieter erst zum Jahresende begriffen haben, dass sie in Sachen DAB dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zur Seite stehen müssen. Trotzdem, die Hemmnisse, die bisher einer weiten Verbreitung der DAB-Technologie entgegenstanden, könnten in absehbarer Zeit überwunden werden. Mit dem erfolgreichen Abschluss der Internationalen Funkverwaltungs-konferenz in Genf 2006 stehen für den digitalen terrestrischen Hörfunk erhebliche weitere Frequenzen zur Verfügung. Zusätzlich erlauben moderne Codiervorfahren die noch effizientere Nutzung dieser Frequenzen. Damit wird der programmliche Nutzen für die Hörer mit mehr und regional differenzierten Programmen sowie multimedialen Zusatzangeboten eine völlig neue Qualität erhalten. Hinzu kommt, dass die bisherigen Beschränkungen der Sendeleistungen, die einen Empfang in Gebäuden bisher deutlich beeinträchtigten, nun entfallen. Vor diesem Hintergrund wurde ein nationaler Konsens zur Weiterentwicklung dieses eigenständigen terrestrischen Verbreitungsweges für den Hörfunk zwischen den Landesmedienanstalten, den Endgeräte- und Automobilherstellern, den öffentlich-rechtlichen Programmanbietern sowie dem privaten Rundfunk erzielt. Daher bestanden für die ARD gute Gründe, von einem erfolgreichen Neustart auszugehen und darauf zu bauen, dass es gemeinsam mit der Medienpolitik und den Partnern im nationalen Konsens gelingt, die KEF von diesen Fortschritten zu überzeugen.

Die KEF hat in ihrem Bericht auch DAB+, der Weiterentwicklung von DAB, eine Absage erteilt. Für wie realistisch halten Sie unter diesen Vorzeichen einen Neustart für Digital Radio im Jahr 2009?

Die existierende Sendernetzinfrastruktur ist technologieneutral, das heißt, man kann darauf Programme und Dienste in DAB, DAB+ und/oder DMB verbreiten, und zwar in einem Multiplex gemischt. Deswegen ist es umso unverständlicher, warum man nicht unserem Ansatz gefolgt ist, diese vorhandene Sendernetzinfrastruktur für das Medium Radio flexibel nutzen zu wollen. Diesen Vorteil haben auch die privaten Programmanbieter verstanden sowie die Bundesnetzagentur und die Länder. Leider tut sich die KEF mit dieser Vorstellung sehr schwer.

Ihr Vorgänger, BR-Intendant Gruber, sprach einst von einer Lokomotivfunktion der ARD bei der Digitalisierung des Hörfunks. Wird die ARD diese Rolle auch künftig übernehmen?

Es sind nicht nur alle privaten und öffentlich-rechtlichen Programmanbieter gefordert, die Dramatik und die Konsequenzen der DAB-Entscheidung zu kommunizieren, sondern auch die Politik, die diese Entwicklung des digitalen Radios insgesamt mitgetragen hat. Der Privatfunk müsste in jedem Fall die Verbreitung der Programme finanzieren, zudem müssen neue Programme angeboten werden und es muss auch gewährleistet sein, dass nicht nur Radio übertragen wird, sondern sämtliche Funktionalitäten des Radios. Den Einstieg hierfür nur mit Werbung zu finanzieren, halte ich für ausgeschlossen. ■

NACHRICHTEN

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos hat trotz des aktuellen KEF-Berichtes eine konsequente Weiterführung der gemeinsamen Initiative von Politik und Medien zur deutschlandweiten Einführung von Digital Radio gefordert. So entwickle das im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) angesiedelte Forum Digitale Medien (FDM) derzeit ein Konzept zur Einführung eines digitalen Nachfolgers für den analogen Rundfunk. Mit den durch die KEF vorgeschlagenen Kürzungen wäre das Programm jedoch nicht mehr finanzierbar und damit in seiner zeitnahen Umsetzung extrem gefährdet. Zudem halte das FDM die Digitalisierung des Hörfunks weiterhin für überfällig. Sie bringe den Deutschen einen Mehrwert und werde nur gelingen, wenn der öffentlich-rechtliche und der private Rundfunk sich gleichermaßen beteiligen können.

Die Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM) plant im Vorfeld des für 2009 vorgesehenen Relaunchs von Digital Radio ein öffentliches Konsultationsverfahren. Damit sollen konkrete Ansätze zur erfolgreichen Einführung von Digitalradio in NRW entwickelt werden. Bislang habe die LfM daher an alle derzeitigen und potentiellen Marktteilnehmer sowie Interessenverbände Fragebögen versandt, um deren Meinungen, Wünsche und Ziele bei der Entwicklung des digitalen Hörfunks zu erfassen. Für Mitte April sei zudem ein Workshop in Düsseldorf geplant. Darüber hinaus veröffentlichte die LfM das Grundlagenpapier „Situationsbeschreibung digitaler Hörfunk in Deutschland und NRW“, das über den Entwicklungsstand sowie die Potentiale von Digital Radio informiert.

Der Medien-Dienstleister MEDIA BROADCAST hat seit Mitte Februar einen neuen Namen und ein neues Logo. „Unser neuer Auftritt bringt uns die gewünschte Positionierung am Markt, transportiert unser „German Engineering“ und steht für Kontinuität. Auch zukünftig sehen wir uns in der Rolle als Treiber der technischen Entwicklung und als Anbieter von ausgereiften Lösungen für die Rundfunk- und Medienbranche“, erklärt der Vorsitzende der Geschäftsführung Helmut Egenbauer. So werde sich der Serviceanbieter weiterhin stark im digitalen Bereich engagieren. „Wir stehen kurz vor der Umstellung auf das digitale Fernsehen. Im laufenden Jahr 2008 werden wir zudem den Ausbau des mobilen Fernsehens vorantreiben und andere Multimedia-Dienstleistungen sowie das digitale Fernsehen weiter stärken“, sagt Unternehmenssprecher Wolfgang Speer. MEDIA BROADCAST, bisher eine Tochter von T-Systems, gehört seit Ende Januar 2008 zur französischen TDF Gruppe.

Kolumne

Neustart fürs digitale Radio: Marketingstrategie nach Vorbild von DVB-T

Ralf Otto Reisel, Vorstandsmitglied Verein Digital Radio Mitteldeutschland



„Digitales Radio ist tot“ - dieser Satz beherrschte einschlägige Veranstaltungen in Deutschland in den letzten Jahren, bis im Jahr 2006 die RRC 06 dem Thema neues Leben einhauchte - Totgeglaubte leben länger.

Und seitdem im Sommer 2007 die Ergebnisse der Wellenkonferenz für alle Beteiligten greifbar sind, nimmt die Digitalisierung des Hörfunks wieder Fahrt auf.

Als ob der berühmte Schalter umgelegt wurde, lesen wir seit vergangenem Herbst Positionspapiere wie „radio3“ von der REGIOCAST und eine „Mainzer Erklärung“. Der VPRT positioniert sich dazu und das Bundeswirtschaftsministerium fordert die Fortsetzung der Bemühungen zur umfassenden Digitalisierung des Radios. Man gewinnt den Eindruck, jetzt geht's so richtig los und der „Big Bang“ kommt 2009. ▶

Zwischenzeitlich kommt es durch den 16. KEF-Bericht zu erheblichen Irritationen, doch davon unbeirrt wird in den Regionen begonnen, die Mainzer Erklärung umzusetzen. Die Landesmedienanstalten fragen das Interesse privater Veranstalter nach ihrem Frequenz-Bedarf ab, die Staatskanzleien kümmern sich um die Belange der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Man erkennt den Schulterschluss von Politik und Medienunternehmen. Nun gilt es, die Endgeräteindustrie abzuholen und die Vorbereitungen für den „Big Bang“ zu treffen.

Doch darf bei aller aufkeimenden Euphorie der Endkunde nicht vergessen werden, der bis dato noch nichts oder nur in ersten zarten Ansätzen von seinem neuen Radio-Glück weiß. Denn der einzelne Nutzer wird es sein, der seine im Haushalt befindlichen Radios gegen neue digitale Endgeräte eintauschen muss und dies ja auch nicht unentgeltlich. Jetzt gilt es Kräfte zu bündeln, um bundesweites Marketing zu betreiben, das von allen Beteiligten geplant und im Sinne einer nationalen Kampagne einheitlich und zielgerichtet umgesetzt wird, damit den Verbrauchern eindeutig der Nutzen und die damit verbundene

Umstellung seiner Radiogeräte klar wird. Das Commitment aller Beteiligten ist zwingend und maßgeblich für den Erfolg. Eine gewisse Orientierung kann die Einführung des digitalen terrestrischen Fernsehens (DVB-T) bieten. Die Positionierung „DVB-T: Das ÜberallFernsehen“ mit der Internetseite www.ueberallfernsehen.de, die bundesweit einheitliche Strategie, die auf Länderebene, Regionen oder Ballungsräume heruntergebrochen wurde bzw. wird, führt zu einer erfolgreichen Einführung des neuen Standards. Hier gilt es nun zügig anzufangen und einen Marketingplan zu entwickeln. Sicherlich wird dann auch die Frage zu stellen sein, wie man das Radio im Zeitalter digitaler Verbreitung nennt. Bleibt man bei „Digital Radio“ oder wird eine neue Marke kreiert, um den Neustart bei der Digitalisierung des Hörfunks deutlich zu machen? Diese Fragestellungen sind sicherlich von Marketing-Experten zu beantworten. Entscheidend aber für den Erfolg für die Digitalisierung des Radios ist ein abgestimmter Zeitplan für den Start und die Bestätigung einer einheitlichen Einführungskampagne, die von Nord nach Süd und von West nach Ost in Deutschland umgesetzt wird. ■

PRESSESCHAU

Deutsche Radiomanager empfangen zurzeit beunruhigende Signale aus Großbritannien. Vor wenigen Tagen hatte dort Gcap, die größte Radio-Sendergruppe, ihren Ausstieg aus der Digitalisierung angekündigt. (...) Fru Hazlitt, CEO von GCap, begründete diesen Schritt mit den mangelnden wirtschaftlichen Aussichten. Man wolle sich künftig wieder auf UKW-Frequenzen konzentrieren. Auf die deutsche Radiowirtschaft wirkt diese Nachricht wie ein Schock. Denn der englische Markt hatte in der Digitalisierung stets eine Vorreiterrolle gespielt (...).

Werben & Verkaufen (8/2008) zur aktuellen Situation von DAB in Großbritannien

Es dürfte kaum Zweifel geben, dass Prof. Dr. Ulrich Reimers innerhalb der Arbeitsgruppe 4 (...) im Bereich der reinen Sachkunde tonangebend gewesen sein wird. Die anderen Mitglieder der Arbeitsgruppe 4 besitzen keinen derartigen fachlichen Hintergrund (...) In der Folge nehmen die Teilnehmer der Gruppe 4 nun eine Verteidigungsposition ein: „Das Projekt DAB ist gescheitert. Wir haben deshalb nur begrenzte Mittel bewilligt. Dafür haben wir - entgegen der sonstigen Systematik der KEF - zusätzliche Mittel in Aussicht gestellt, für ein neues Digital Radio Projekt“, diktiert der Arbeitsgruppenleiter Volker Hartloff in unseren Notizblock. Das dieses neue Projekt Digital Radio vorzugsweise ein Handy- und/oder DVB-gestütztes Konzept sein soll, will Hartloff entgegen der Ausführungen der KEF so nicht verstanden wissen: „Die Nichtgewährung der beantragten Fördermittel bezieht sich nur auf DAB-alt. Die neuen Fördermittel können aber mit einem klaren Konzept beantragt werden, wobei die Wahl der technischen Plattform nicht Entscheidung der KEF ist. Das kann also auch DAB+ sein.“

rein-hoeren.de am 18.02.2008 zur Empfehlung der KEF, die DAB-Mittel drastisch zu kürzen

„Mit der Lizenz für die bundesweite Ausstrahlung unseres Fußballprogramms sind nun alle wesentlichen medienrechtlichen Voraussetzungen geklärt“, so Regiocast Digital-Geschäftsführer Florian Fritsche. „Jetzt können wir uns voll auf die Umsetzung konzentrieren, um den Fans des runden Leders dann ab Sommer erstklassige Fußballunterhaltung zu bieten. Wir haben bis dahin noch eine Menge Arbeit vor uns. Zurzeit entwickeln wir unter anderem passgenaue Vermarktungs- und Erlöskonzepte für die künftigen konvergenten Nutzungssituationen“, so Fritsche weiter.

RadioWoche.de am 19.02.2008 zur lizenzrechtlichen Zulassung von kick.fm durch die LPR Hessen

Bericht

Rundfunkkommission lehnt Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen KEF ab

Lehrer aus Bayern wollte sich gegen DAB-Aus zur Wehr setzen



Sitz der KEF in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Der 16. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Rundfunkbedarfs (KEF) hat nicht nur die Medienlandschaft gehörig durcheinandergewirbelt, er verunsichert auch die Verbraucher. „Ich habe mir bereits vor Jahren einige DAB-Empfänger gekauft und bin jetzt nicht scharf darauf, dass meine Geräte wertlos werden“, beklagt sich beispielsweise ein bayerischer Lehrer aus Neufahrn, der bereits Ende der Neunziger zu den ersten DAB-Versuchsteilnehmern im Freistaat zählte. Der 57-Jährige hat deshalb Ende Januar bei der Bayerischen Staatskanzlei eine Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen den Bericht eingereicht. Er kritisiert darin mit scharfen Worten das Papier als „inhaltlich falsch durch geschickte Weglassungen und durch methodische Fehler“. Der 16. KEF-Bericht ignoriere

alle wesentlichen Trends, stelle Sachverhalte falsch dar und verzichte weitgehend auf einen Begründungszusammenhang. Darüber hinaus maße sich die KEF Befugnisse der Legislative an und verletze die Rundfunkfreiheit des Bayerischen Rundfunks, indem sie faktisch anordne, bestehende Programme einzustellen. Zudem wirft der Neufahrner Lehrer dem KEF-Mitglied Prof. Dr. Ulrich Reimers, den er als „ausgewiesenen DVB-T-Lobbyisten“ bezeichnet, Befangenheit vor.

„Die Rechtsaufsichtsbeschwerde ist kurz nach ihrem Eingang an die Rundfunkkommission der Länder in Mainz weitergeleitet worden“, teilte die Bayerische Staatskanzlei dem Meinungsbarometer Digitaler Rundfunk mit. Im Freistaat sei man für das Schreiben nicht zuständig, immerhin sei die KEF ein Sachverständigenrat der Länder. Ob die Zuständigkeit für die Beschwerdeschrift allerdings bei der Rundfunkkommission der Länder liegt, ist man sich in der Bayerischen Staatskanzlei allerdings nicht sicher gewesen.

Doch die Frage der Zuständigkeit war nicht die einzige juristische Unstimmigkeit, die gelöst werden musste. ▶

Unklar war auch, ob eine Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen die KEF überhaupt möglich ist. Zwar sei sie eine staatliche Stelle und müsse sich als solche gesetzestreu verhalten, andererseits habe das Bundesverfassungsgericht erst im Herbst festgestellt, dass es sich bei der KEF um ein „politisch unabhängiges Fachgremium“ handle. Gegen eine solche externe Expertenrunde sei keine Rechtsaufsichtsbeschwerde möglich.

Zudem gelte es zu klären, ob der 57-jährige Lehrer überhaupt eine Rechtsaufsichtsbeschwerde einreichen könne. Dies setze voraus, dass ihm ein persönlicher Nachteil aus der Empfehlung der KEF entstünde.

„Die Rundfunkreferenten der Länder haben in einer Sitzung Mitte Februar die Beschwerde intensiv geprüft und schließlich aus den bereits aufgeführten Unstimmigkeiten abgelehnt,“ so ein Mitarbeiter der für die Rundfunkkommission der Länder zuständigen Staatskanzlei Rheinland-Pfalz. „Wir verstehen die Verärgerung des Bürgers, aber eine Rechtsaufsichtsbeschwerde gegen die KEF ist nicht möglich.“ So könne man beispielsweise nicht gegen den Teilaspekt eines langwierigen Entscheidungsprozesses klagen. Es sei nur möglich, gegen das Resultat vorzugehen. Dem Neufahrer Lehrer bliebe aber ein juristisches Hintertürchen: die Anfechtung seines Gebührenbescheides 2009. ■

Porträt

Digital Radio Mondiale - Eine Bestandsaufnahme

DRM+ der letzte Baustein für den digitalen terrestrischen Hörfunk?



Antenne für DRM+ in Hannover

Auch wenn sich die öffentliche Aufmerksamkeit im Bereich Digitalisierung des Hörfunks in den vergangenen Monaten primär auf die DAB-Systemfamilie gerichtet hat, auch die Entwicklung weiterer digitaler Standards schreitet voran. Großes Potential für die Digitalisierung des analogen AM- bzw. FM-Bandes versprechen sich einige von der DRM-Systemfamilie. DRM (Digital Radio Mondiale) ist ein offener Rundfunkstandard im Kurz-Mittel- und Langwellenbereich. Er wird momentan unter anderem von der Deutschen Welle zur internationalen Hörfunkversorgung über Kurzwelle bzw. vom Deutschlandradio zur großflächigen Versorgung via Mittel- und Langwelle angewendet.

„Derzeitig fokussieren sich die Entwicklungen auf DRM+, einem digitalen System für den FM-Bereich. DRM und DRM+ sind die beiden Systemvarianten der DRM Familie. Sie unterscheiden sich im nutzbaren Frequenzbereich, DRM für den AM-Bereich und DRM+ für den FM-Bereich“, erklärt Detlef Pagel, Chairman Deutsches DRM Forum. DRM+ sei jedoch nicht als Nachfolger von DRM zu verstehen, es stelle lediglich eine zweite Systemvariante dar, so Pagel weiter. Dank der verwendeten Audiocodierung MPEG 4 HE AAC+ lassen sich mit DRM+ mehrere

verschiedene Audioprogramme auf einer Frequenz in sehr hoher Qualität übertragen. Dies ermöglicht unter anderem Surround-Übertragungen oder begleitende Zusatzinformationen wie Bilder oder Videosequenzen. Im vergangenen Oktober wurde in Hannover der weltweit erste, von der Leibniz Universität Hannover gebaute, DRM+ -Testsender aufgeschaltet. Ein weiterer soll im März in der Fachhochschule Kaiserslautern folgen. Bei beiden Tests sollen praktische Erfahrungen für die Standardisierung des Systems gesammelt werden. „Schon heute kann gesagt werden, dass Störungen im FM-Band oder zu anderen Funkdiensten nicht aufgetreten sind“, resümiert Pagel. Für ihn ist klar: „DRM wird in Deutschland letztendlich die jetzigen analogen Lang- und Mittelwellenaussendungen ersetzen“. Dabei sei die DRM-Familie nur ein Baustein bei der Digitalisierung des terrestrischen Hörfunks. Diese könne im ersten Schritt nur im Band III mit der DAB-Systemfamilie sowie der wirtschaftlichen Versorgung großer Flächen beginnen. In einem zweiten Schritt könne man die Digitalisierung der Lang- und Mittelwelle realisieren. „DRM+ ist also keine Konkurrenz sondern die lokale/regionale Ergänzung zu DAB+/T-DMB und entspannt somit die Planung von regionalen und nicht wirtschaftlichen Versorgungsgebieten im Band III“, so Pagel. ■



Profil

Detlef Pagel ist Chairman des Deutschen DRM Forums und Technischer Leiter der Niedersächsischen Landesmedienanstalt

www.deutsches-drm-forum.de

IMPRESSUM

Herausgeber
Digital Radio Mitteldeutschland e.V.
Reichardtstr. 9
06114 Halle/Saale
Tel: 0345-530 43 61
eMail: presse@dr-m.info

V.i.S.d.P.
Dipl.-Journ. Nikola Marquardt

Idee, Konzept, Projektleitung
Dipl.-Journ. Thomas Barthel

Redaktionsbüro
tbm public & business relations

Autoren dieser Ausgabe
Tobias D. Höhn
Ralf Otto Reisel
Virginie Scheffler

Fotos
Seite 1: SR/Thomas Gundelwein
Seite 3: Staatskanzlei Rheinland-Pfalz/Benz
Seite 4: Albert Waal

Layout
frischezellen, vernetzt kreativ

Redaktionsbeirat
Ralf Otto Reisel, reiselnet
Michael Richter, Geschäftsstellenleiter
Verein Digital Radio Mitteldeutschland
(Lektorat Technik)

Vorstand des Digital Radio
Mitteldeutschland e.V.

Vorsitzender
Uwe Ludwig, Leiter Vertriebsmanagement und
Marketing bei MEDIA BROADCAST

stellvertretende Vorsitzende
Martin Heine, Direktor der Medienanstalt
Sachsen-Anhalt

Olaf Hopp, Geschäftsführer 89.0 RTL
und Radio Brocken

Jens Kerner, Leiter Unternehmenskommunikation VMG Mediengruppe,
radio SAW/Rockland Sachsen-Anhalt

Ralf Otto Reisel, reiselnet

Anmeldung und Archiv
Das Meinungsbarometer Digitaler Rundfunk kann über die Internetseite www.dr-m.info des Vereins Digital Radio Mitteldeutschland bezogen werden. Hier findet sich auch das Meinungsbarometer-Archiv.

Redaktionsschluss: 25.02.2008

Der Inhalt dieses Meinungsbarometers darf nicht ohne schriftliche Erlaubnis der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Das Meinungsbarometer wurde mit größtmöglicher Sorgfalt zusammengestellt. Trotzdem können wir für die enthaltenen Informationen keine Garantie übernehmen. Die Redaktion schließt jegliche Haftung für Schäden aus, die aus der Nutzung von Informationen dieses Meinungsbarometers entstehen können.